

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Wortprotokoll*

zu TOP 1 der 25. Sitzung

Berlin, den 13.12.2006, 10:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: Saal 2.200

Vorsitz: Kerstin Griese, MdB

Öffentliches Expertengespräch

mit dem Vorsitzenden der Sachverständigenkommission für den Siebten Familienbericht,
Prof. Dr. Hans Bertram

* redaktionell überarbeitete Tonbandabschrift

Vorsitzende: Ich begrüße Sie zur Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Ganz besonders herzlich begrüße ich Herrn Professor Dr. Bertram, der als Vorsitzender der Kommission zum Siebten Familienbericht über diesen Bericht, der uns alle in unserer Arbeit sehr beschäftigt, sprechen wird. Wir werden darüber auch diskutieren können. Als Zuhörerinnen und Zuhörer haben wir auch die Familienverbände eingeladen. Diese Beratung findet öffentlich statt, was in unserem Ausschuss nur selten vorkommt. Aber wir fanden, dass dieser Familienbericht so wichtig ist und so viele Erkenntnisse bietet, dass wir dies öffentlich diskutieren sollten. Professor Bertram hatte dem Ausschuss freundlicherweise bereits am 30. Juni 2006 einen Zwischenbericht gegeben, als die Familienberichtscommission im Verlauf der Erarbeitung des Berichts auch verschiedene gesellschaftliche Gruppen einbeziehen wollte. Es gab verschiedene Tagungen und Kongresse dazu. Wir fanden es ein gutes Verfahren, dass auch der zuständige Ausschuss des Parlaments darüber diskutieren konnte.

Wir haben jetzt diesen Siebten Familienbericht abschließend vorliegen, der viele interessante Informationen für uns alle enthält. Es gibt dazu auch eine Stellungnahme der Bundesregierung. Sie, Herr Professor Bertram, sind zuerst gebeten, uns zu dem spannenden Thema „Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik“ zu berichten. Wir freuen uns auf Ihren Vortrag!

Ich weise noch darauf hin, dass von diesem Gespräch, wie immer von öffentlichen Tagesordnungspunkten, ein Wortprotokoll erstellt wird.

Prof. Dr. **Hans Bertram:** Vielen Dank für diese Gelegenheit, den Bericht noch einmal vorzustellen. Sie haben ganz zu Recht darauf hingewiesen, dass wir versucht haben, bei der Genese dieses Familienberichtes auch durch Kommunikation mit den Familienverbänden und Gruppen in diesem Bereich herauszufinden, was sozusagen die großen Themen sind. Wir haben dann natürlich trotz dieser Anhörung bestimmte Entscheidungen getroffen. Ich will sie auch noch einmal kurz charakterisieren. Wie Sie wissen, hat der Fünfte Familienbericht sehr stark die Frage des Humanvermögens, des Aufbaus des Humankapitals und damit auch die ökonomischen Leistungen der Familien in den Mittelpunkt gestellt. Für uns war klar, dass man entweder diese Argumentationslinien fortsetzen könnte oder sich überlegen muss, ob man auch in einer anderen Weise eine Argumentationslinie aufbauen kann. Wir sind dann zu dem Schluss gekommen, dass es nicht sinnvoll wäre, das zu wiederholen, was schon im Fünften Familienbericht gesagt und geschrieben worden ist, sondern dass es vielleicht sinnvoller ist, eine andere Perspektive zu wählen. Ich will versuchen, Ihnen diese Perspektive deutlich zu machen:

Wenn man über Familie und Familienpolitik spricht, kann man den Wandel, dem auch Familie aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen unterliegt, nicht außen vor lassen kann. Wir waren der Meinung, dass dieses an bestimmten Dimensionen besonders deutlich gemacht werden kann. Der Wandel im Bereich von Familien und Familienentwicklung und damit auch im Bereich von Familienpolitik lässt sich vor allem an den geänderten Zeitstrukturen moderner Gesellschaften deutlich machen. Wir leben heute nicht mehr in einer Industriegesellschaft mit einem klaren Zeittakt. Diejenigen, die aus dem Ruhrgebiet kommen, wissen das. In der Industriegesellschaft war der Zeittakt durch die Werks-

prozesse geprägt; morgens um sechs Uhr ging die erste Schicht. Es war eine große kulturelle Leistung der Industriegesellschaft, diese Zeitstrukturen zu entwickeln. Im Familienbericht haben wir die These entwickelt, dass diese Zeitstrukturen nicht nur in Deutschland, sondern europaweit zerbrochen sind, weil die Prozesse der Arbeit, die sich heute in unserer Gesellschaft vollziehen, sich anders darstellen als noch zur Zeit der Industriegesellschaft. Wir sind zum zweiten davon ausgegangen, dass diese Veränderungen hier überhaupt nur zu leisten waren, weil die Bundesrepublik in den 60er und 70er Jahren darauf gesetzt hat, durch eine Integration qualifizierter junger Frauen den Wandel von der Industriegesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft zu schaffen. Das kann man empirisch sehr schön zeigen. Dieses tangiert auch unmittelbar die Familie, weil solche Integrationsprozesse plötzlich mehr Zeit am Arbeitsmarkt erforderlich machen und andererseits die Zeit für Fürsorge weniger wird. Das sind Prozesse, die zunächst wenig mit der Politik zu tun haben, aber sehr viel damit, wie sich die ökonomischen Strukturen von Gesellschaften wandeln.

Die zweite große Perspektive, die wir dann entwickelt haben, war die Frage, inwieweit unter solchen geänderten Zeitbedingungen die vorhandenen Formen der Infrastruktur zur Unterstützung von Familien tatsächlich angemessen sind oder ob man dabei nicht auch neue Formen von Infrastruktur braucht. Die zweite große Frage des Familienberichts ist also, wie kann unter solchen geänderten Zeitbedingungen auch eine andere Infrastruktur zur Unterstützung von Familien geschaffen werden. Dabei haben wir nicht nur an Kinderbetreuung gedacht, sondern an den ganzen Bereich von Familie. Wir haben dann zum Dritten ganz klar gesagt, wie diese Veränderungsprozesse möglicherweise auch durch finanzielle Transferleistungen unterstützt werden können.

Das war sozusagen die Grundperspektive, die wir dann erweitert haben. Sie wissen ja aus der Politik sehr gut, dass es einige Fallen gibt, wenn man sich mit Familie auseinandersetzt. Die einen betonen bei Familie sehr stark den institutionellen Aspekt, die anderen betonen sehr stark den Mitgliederaspekt von Familie. Wir wussten natürlich, dass sich diese Kommission irgendwie entscheiden muss. Wir haben versucht, einen Ausweg zu finden, der noch einmal auf Zeit abhebt. Wir haben nämlich zunächst die Familie als eine gemeinsame Herstellungsleistung des Paares definiert. Das ist sozusagen der erste Schritt, der eine Familie generiert. Wir haben das eine Herstellungsleistung genannt, weil es gemeinsame Dinge sind, die dort – ganz ökonomisch gesprochen – produziert werden. Diese gemeinsamen Herstellungsleistungen werden dann um Kinder ergänzt. Wir haben dabei das Bild eines Stromes genommen, der mäandert. Die meisten Menschen laufen relativ klar mit ihren Familien in der Mitte durch diesen Strom. Aber der Strom macht deutlich, dass es immer wieder neue Phasen im Familienleben gibt, die immer neu konstruiert werden müssen. Das heißt, eine junge Familie mit Kindern ist etwas anderes als eine ältere Familie mit großen Kindern und etwas anderes als eine alt gewordene Familie, die möglicherweise jetzt für die eigenen Eltern sorgt. Wir haben versucht, mit diesem Bild deutlich zu machen, dass es auf der einen Seite im Laufe des Lebens von Menschen permanent zu einer Neukonstruktion von Familie kommt, dass sie also nichts Statisches ist, sondern extrem dynamisch. Die Aufgaben werden im Lebenslauf permanent neu gestellt. Das kann mal gut gehen, aber es kann auch mal schief gehen. Deswegen haben wir das Bild des Stromes genommen.

Wir haben dann deutlich gemacht, dass das, was Familie eigentlich produziert – deswegen Herstel-

lungsleistung – die Fürsorge für andere ist. Wir benutzen in diesem Falle gerne den englischen Ausdruck „care“, weil darin auch noch der Begriff „Liebe“ steckt. Im deutschen Ausdruck „Fürsorge“ steckt sehr stark, dass man nach jemandem sieht. Demgegenüber ist in „care“ die Vorstellung enthalten, sich um jemanden zu kümmern, ohne zu erwarten, etwas davon zu bekommen. Es ist im Grunde genommen eine einseitige Beziehung, die Eltern zu ihren Kindern aufbauen, ohne unbedingt zu erwarten, dass die Kinder später im Alter für sie sorgen. Das Gleiche gilt beispielsweise, wenn sie für ihre alt gewordenen Eltern sorgen. Dann erwarten sie nicht, dass sie deswegen erben. Das ist in dem Sinne eine einzigartige Leistung. Die Grundphilosophie des Berichtes ist nun, dass diese Leistungen in einer Gesellschaft nicht über den Markt, sondern über die Familie zu generieren sind. Deshalb muss man hierfür in der Gesellschaft die Rahmenbedingungen schaffen. Damit ergeben sich zwei sehr klare Schlussfolgerungen: Die erste ist, dass so etwas nur gelingen kann, wenn es eine neue Balance zwischen den verschiedenen Lebensbereichen gibt, das heißt also in Bezug auf die neuen Qualifikationsanforderungen und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Es bedeutet aber auch, dass Familienpolitik in einer solchen gewandelten Welt mit der Perspektive einer gemeinsamen Herstellung der Fürsorge für andere nur dann gelingen kann, wenn sie gleichzeitig auch Gleichstellungspolitik ist. Das ist ein ganz klares Element, das den Familienbericht durchzieht. Fürsorge kann unter dieser Perspektive nicht, wie traditionell, weiblich sein, sondern Fürsorge ist etwas, was von dem Paar gemeinsam gegenüber den Kindern, gemeinsam gegenüber den Eltern, möglicherweise auch gemeinsam gegenüber anderen hergestellt werden muss. Das sind die Grundperspektiven dieses Berichts.

Dann haben wir etwas Spannendes getan: Wir haben gesagt, wir erfinden die Welt nicht neu, sondern wir suchen uns europäische Länder aus, die sich mit dem gleichen Wandelproblem auseinandergesetzt haben und schauen, was in diesen Ländern passiert ist. Wir haben uns nicht ganz Europa angesehen; das wäre zu unübersichtlich geworden. Einerseits haben wir uns einige nordeuropäische Länder angesehen und andererseits einige westeuropäische Länder. Es ist völlig klar, dass dann solche Länder wie Frankreich, England oder auch Finnland und Schweden Länder waren, mit denen wir uns auseinandergesetzt haben. Wir haben uns dort zunächst die demografischen Entwicklungen angesehen, aber nicht nur, wie viele Kinder diese Länder haben und wie viele nicht, sondern wir haben die Lebensverlaufsperspektive immer gleich mit thematisiert. Sie finden beispielsweise im Familienbericht Tabellen und Grafiken, aus denen hervorgeht, dass es die nordeuropäischen Länder geschafft haben, die Geburtenrate relativ stabil zu halten, aber gleichzeitig trotz höherer Qualifikation der Frauen das Lebensjahrzehnt zwischen dem 30. und dem 40. Lebensjahr voll für die Reproduktion zu nutzen. In Deutschland kann man demgegenüber zeigen, dass die Geburtenraten zurückgegangen sind, weil sich sozusagen das Reproduktionsverhalten im Lebensverlauf nicht geändert hat. Das heißt, die Nordeuropäer haben offensichtlich einen Weg gefunden, die höhere Qualifikation, die Stabilisierung einer Berufskarriere und den späteren Beginn der Familiengründung im Lebensverlauf neu zu verankern, während das beispielsweise in Deutschland nicht gelungen ist.

Dann haben wir uns gefragt, was die Nordeuropäer in diesem Punkt anders gemacht haben. Für uns war beispielsweise eine Schlussfolgerung, dass die Nordeuropäer durch das einkommensabhängige Elterngeld diesen typischen Achterbahneffekt vermeiden, der überall in Europa eintritt, wenn man sich für Kinder entscheidet. In ganz Europa entscheiden sich die meisten jungen Frauen trotz der Väter-

monate, zunächst einmal für eine bestimmte Zeit aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Übertragen auf Deutschland bedeutet das Folgendes: Eine junge Frau mit 30 hat etwa 1.200 Euro Einkommen und der Mann hat 1.500. Sie sind also bei 2.700 Euro und damit kann man ziemlich viel machen. Wenn sie aber plötzlich nur 1.500 plus 450 haben und sie sind zu dritt, wird es ziemlich eng. Diesen Effekt können Sie nicht nur in Deutschland sehen, sondern auch in Finnland und überall. Die Nordeuropäer haben offensichtlich mit dieser Form des Elterngeldes versucht, diesen Achterbahneffekt – der Begriff stammt nicht von uns, sondern er stammt von einem nordeuropäischen Demografen – auszugleichen. Insbesondere haben sie es dann durch die Kombination mit einer entsprechend entwickelten Infrastruktur geschafft, auch die Entscheidung für das zweite und dritte Kind zu ermöglichen. Wir haben also im Grunde genommen bei unseren Betrachtungen Europas geschaut, wie andere Länder auf ähnliche Herausforderungen wie bei uns reagieren.

Wir haben dann gezeigt, dass die Franzosen ihren Ausbau im Bereich der Kinderbetreuung erst dann wirklich geschafft haben, als die Betreuung der unter Dreijährigen auch in der Bevölkerung mehrheitlich als eine Bildungschance für alle Kinder begriffen wurde und nicht nur als eine reine Betreuung. An solchen Beispielen kann man sehen, wie andere Länder es gemacht haben. Wir haben diese Ländervergleiche gemacht und es auch auf der makroökonomischen Ebene von der OECD ausrechnen lassen. Wir haben dann erschreckt gesehen, dass die Bundesrepublik hinsichtlich ihrer Leistungen für die Kinder unter sechs Jahren nicht besonders großzügig ist. Es sind 1,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die Franzosen geben 2,9 Prozent aus, die Dänen geben 3,4 Prozent aus. Im Gegensatz dazu geben wir furchtbar viel für Gesundheit aus, wir geben furchtbar viel für Alter aus. Dann haben wir bei der Betrachtung der Verteilung dieser Ausgaben festgestellt, dass wir uns hinsichtlich unserer finanziellen Transferleistungen für Familien von anderen Ländern nicht so furchtbar unterscheiden, dass aber die Investition in die Infrastruktur, gerade bei den Kleineren, sehr gering ist. Das heißt beispielsweise, das Prozent Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich ist im Wesentlichen die unterschiedliche Investition in die Infrastruktur für sehr kleine Kinder.

Zum zweiten haben es die anderen Länder zum Teil auch anders organisiert. Zum Beispiel sind die Franzosen sehr viel zielgenauer. Dort gibt es allerdings auch kein Verfassungsgericht, das immer festlegt, wie bestimmte Dinge zu machen sind. Man muss natürlich auch sehen, dass es andere politische Zwänge gibt. Die Linie bei diesem Vergleich war allerdings nicht, die Bundesrepublik auf die Anklagebank zu setzen, sondern zu schauen, was die anderen Länder in Bezug auf diesen Wandel gemacht haben und was wir davon gebrauchen können. Wir haben dann aber auch sehr deutlich gemacht, dass der Bund im Bereich der Infrastruktur nur eine begrenzte Möglichkeit hat, weil das Familienleben schlicht und einfach nicht auf der Bundesebene stattfindet, sondern auf der kommunalen Ebene. Das heißt, wenn man in diesem Bereich neue Angebote entwickeln will, sind die Länder und die Kommunen in einer erheblichen Verantwortung. Wir haben das natürlich sehr vorsichtig formuliert, aber der Familienbericht enthält hier eine sehr klare Botschaft. Wir waren dann auch in manchen Punkten sehr hart. Sie werden zum Beispiel im Familienbericht eine Karte von Berlin finden, wo wir die Prozesse der Reproduktion unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen – mit Migrationshintergrund und mit deutschem Hintergrund – deutlich gemacht haben um zu zeigen, wie Stadtpolitik im Hinblick auf die Entwicklung der städtischen Quartiere erheblichen Einfluss ausüben kann und dass die Städte

dieses bisher überhaupt noch nicht begriffen haben. Wir haben dann dafür einige Vorschläge unterbreitet, die sich sehr stark an die englischen Vorstellungen der Early Excellence Center und ähnlichem orientieren, also im Grunde genommen integrierte Angebote. Wir hoffen, dass in dem Familienbericht deutlich geworden ist, dass die Verbesserung der Lebenssituation von Familien, gerade im Bereich der Infrastruktur, in einem erheblichen Umfang davon abhängig ist, wie die Städte und die Länder in diesem Bereich agieren.

Wir haben uns dann zum Dritten überlegt, ob die Lebensverlaufsorganisation in unserer Gesellschaft überhaupt den Herausforderungen einer postindustriellen Gesellschaft und der angemessenen Organisation von Fürsorge für andere gewachsen ist. Wir sind ganz klar der Meinung, in der vorliegenden Form ist die Bundesrepublik diesen Herausforderungen nicht gewachsen. Wenn man etwa die ältere Generation betrachtet, dann sieht man, dass beispielsweise die Erwerbsquote von Frauen über 50 mit Kindern genauso niedrig ist wie ohne Kinder. Wir haben also in diesem Bereich gegenüber anderen Ländern noch enormen Nachholbedarf. Wir haben dann ein Modell skizziert, das jetzt in Ansätzen in den Niederlanden realisiert worden ist. Es handelt sich um so etwas wie ein Lebensverlaufsmodell, das Unterbrechungsmöglichkeiten im Lebensverlauf für Bildung, für „care“ und für anderes ermöglicht. Wir haben natürlich mit Freude festgestellt, dass die Bundesregierung jetzt darüber diskutiert, dass das nicht nur für Kinder, sondern später auch für die Pflege Anderer ein Thema sein soll. Jedenfalls haben wir sehr stark dafür plädiert, dass wir noch einmal über unsere Lebensverlaufsmodelle nachdenken müssen. Das gilt sowohl im Hinblick auf die Organisation des Lebensverlaufs der nachwachsenden Generation, in der möglicherweise über eine Aufspaltung der Bildung in mehrere Phasen, wie das im angelsächsischen Raum möglich ist, nachgedacht werden könnte, aber auch im Hinblick auf das höhere Lebensalter mit Unterbrechungen für unterschiedliche Aufgaben. Dies ist im Augenblick in der Bundesrepublik so noch nicht gedacht. Uns ist völlig klar, dass das weit über die Familienpolitik hinausgreift. Aber ich denke, es ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft.

Abschließend will ich noch darauf hinweisen, dass wir zum Schluss daraus drei Bündel geschnürt haben. Der erste Punkt ist eine Zeitpolitik, die Lebensverlauf und Alltagszeit kombiniert. Der zweite Punkt ist, dass wir über die Infrastruktur im Bereich der Kommunen neu nachdenken müssen. Der dritte Punkt ist, dass wir dem Bund empfohlen haben, die vielfältigen Leistungen in diesem Bereich zu konzentrieren, so dass sie zielgenauer als bisher den Familien zugute kommen, die es nötig haben.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Professor Bertram, dass Sie so prägnant und anschaulich die über 350 Seiten des Siebten Familienberichts zusammengefasst und uns Anregungen gegeben haben, über das bereits Veranlasste wie das Elterngeld hinaus auch über Grundsätzlicheres nachzudenken. Das Elterngeld ist in der Tat ein Baustein in einem größeren Konzept von Familienpolitik. Sie haben es ja geschafft, mit diesem Bericht in der öffentlichen Diskussion einige Begriffe wie die „Rushhour des Lebens“ oder auch „Zeitpolitik“ zu prägen. Ich finde es sehr spannend, dass diese Ansätze gerade aus der Familienpolitik kommen.

Abg. **Paul Lehrieder** (CDU/CSU): Herr Professor Bertram, Sie haben festgestellt, dass die Familie trotz gesellschaftlicher Veränderungen nach wie vor der wichtigste Lebensbereich bleibt, wenn ich die

Kernaussagen Ihres Berichts in geraffter Form zusammenfassen darf. Nach wie vor ist die Familie für 90 Prozent der Menschen der wichtigste Lebensbereich, sowohl bezogen auf die Herkunftsfamilie als auch auf die eigenen Lebenspläne. Ich hätte nur zwei Fragen zu den Kernaussagen im Siebten Familienbericht, insbesondere auch zu dem neuen Begriff der Zeitpolitik. Mich würde interessieren, welche Wege der Umsetzung Sie bei der Neuorganisation und Koordination von Zeit in unserer Gesellschaft sehen. Wenn Sie noch eine zweite Frage erlauben: Im Siebten Familienbericht führen Sie aus, dass angesichts des Festhaltens am so genannten Lebenslaufmodell in unserer Gesellschaft gerade auf jungen Erwachsene in der Rushhour des Lebens mit Ende 20, Anfang 30 ein enormer Druck lastet. Welche Möglichkeiten der Ausdehnung und Entzerrung sehen Sie für diesen Lebensabschnitt? Vielleicht können Sie in diesem Zusammenhang auch das Modell des Erwerbslebenslaufzyklus noch einmal kurz erläutern.

Abg. **Ina Lenke** (FDP): Herzlichen Dank, Herr Professor Bertram. Das ist ja wirklich ein Bericht, der uns, wenn wir viel davon umsetzen wollen, jahrelang und über diese Legislaturperiode hinaus beschäftigen wird. Wir sind uns ja bei diesen drei Punkten in vieler Hinsicht einig, besonders bei der Infrastruktur und der Bündelung finanzieller Leistungen. Ich denke, da wird in dieser Legislaturperiode von der Regierung und von der Opposition auch vieles an Arbeit geleistet werden. Ich glaube schon, dass wir am Ende dieser Legislaturperiode weiter sind. Zur Zeitpolitik hatten Sie seinerzeit ja auch ausgeführt, dass wir die Bildungspolitik brauchen. Sie sagten, dass das Studium ganz anders aufgebaut werden muss. Von daher hätte ich dazu von Ihnen gerne noch einige Auskünfte. Ich würde Sie gerne auch noch fragen, haben Sie sich auch mit der Mobilität der Familien in Deutschland beschäftigt? Wir haben ja früher die Situation gehabt, dass man 30 Jahre eine Stelle innehatte und in seinem Dorf oder seiner Stadt verhaftet war. Da sehe ich doch große Schwierigkeiten, zum einen weil die Paare auseinander ziehen müssen, wenn beide berufstätig sind. Es gibt dann also sozusagen Ehen am Wochenende. Außerdem haben sie große Schwierigkeiten, was die ganz praktische Umsetzung dieser Lebensläufe in unserer Gesellschaft betrifft. Das wären meine beiden Fragen.

Ich will auch noch einmal deutlich machen, dass ich in dem hier von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Antrag kaum Ergebnisse finde, wie Elterngeld und Infrastruktur gemeinsam schneller verbunden werden können.

Abg. **Caren Marks** (SPD): Sehr geehrter Herr Professor Bertram, auch für die SPD-Fraktion erst einmal herzlichen Dank für die sehr eindrucksvollen und kompakten Ausführungen zum Siebten Familienbericht. Er ist in der Tat ein vielschichtiges Plädoyer für eine nachhaltige Familienpolitik und bestärkt uns grundsätzlich in dem eingeschlagenen Perspektivwechsel, der in den letzten Jahren auf Bundesebene schon vollzogen wurde. Er mahnt natürlich auch neue Perspektiven und neue Dinge, die zu tun sind, oder auch schneller zu tun sind, ganz deutlich an, und zwar auf den unterschiedlichen Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen. Das haben Sie ja eben auch sehr deutlich geschildert. Sie schildern in Ihrem Bericht, dass es nach wie vor in der Bundesrepublik ein Problem ist, Beruf und Kinder unter einen Hut zu bekommen und erklären daraus, dass sich Ansprüche von Familien aus bestimmten Rahmenbedingungen ableiten. Die erste Frage ist, was kann der Bund Ihrer Ansicht nach tun, um diese Rahmenbedingungen so schnell wie möglich auf dieser Ebene, für die wir

zuständig sind, zu verbessern? Daran anknüpfend, meine zweite Frage: Beruf und Kinder unter einen Hut zu bekommen, ist ja nicht nur eine Frage der Infrastruktur und der von der Politik gesetzten Rahmenbedingungen. Es hat auch etwas zu tun mit der Verhaltensänderung der Geschlechter und der Gleichstellung, die in den Köpfen der Menschen stattfinden muss. Auch darauf gehen Sie in Ihrem Bericht sehr ausführlich ein. Sie unterbreiten ja auch den Vorschlag, verpflichtende Sozialarbeit für Männer einzuführen. Ich würde hierzu gerne noch ein paar Erläuterungen hören. Was meinen Sie, wie wir zu mehr aktiven Vätern und zu mehr Gleichstellung kommen, um Beruf und Familie besser zu vereinbaren? Vielen Dank.

Abg. **Jörn Wunderlich** (DIE LINKE.): Herr Professor Bertram, vielen Dank für Ihre einführenden Worte. Sie haben ausgeführt, dass bei den Familien Zeit auf der Wunschliste ganz oben steht. Der Trend der Anforderungen auf dem gegenwärtigen Arbeitsmarkt geht aber doch für viele in eine gänzlich andere Richtung. Sollte man vor diesem Hintergrund eine verstärkte Arbeitszeitverkürzung fordern? Weiterhin kommt im Familienbericht die überproportionale Betroffenheit der Kinder durch relative Armut deutlich zum Tragen. Am Rande reden Sie auch von einer der Sozialhilfe vorgelagerten Grundsicherung für Kinder. In der Stellungnahme der Bundesregierung ist das ja als Gießkannenprinzip abgetan worden. Teilen Sie diese Auffassung? Welche Gründe sprechen aus Sicht der Kommission für eine eigenständige Kindergrundsicherung und wie sollte diese ausgestaltet sein?

Abg. **Ekin Deligöz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch ich bedanke mich im Namen meiner Fraktion, dass Sie heute hier sind, Herr Professor Bertram. Wir hatten ja schon einmal in der Fraktion die Gelegenheit, ausführlich mit Ihnen über den Familienbericht zu sprechen und einen Teil Ihrer Vorschläge haben wir auch schon in Konzepte und Anträge gegossen. Ein Ergebnis war sicherlich unsere Idee der Kinderbetreuungskarte, wo es darum geht, die Kinderbetreuung als eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen anzusehen und auch gemeinsam als eine Zukunftsherausforderung anzugehen. An dem heutigen Vortrag fand ich sehr spannend, dass Sie noch einmal auf die Geschlechterrollen eingegangen sind, dass sich nicht nur die Gesellschaft wandelt, sondern auch die Rolle der Frauen. Frauen wollen arbeiten und sie müssen auch arbeiten in einem Zeitalter, wo wir über hohe Arbeitslosigkeit und auch über Armut, aber auch über gute Qualifikation und Fachkräftemangel reden. Was mir gut gefällt, ist das Bild vom Strom. Aber in diesem Strom gibt es ja nicht nur die Familien in verschiedenen Lebensphasen, sondern die Lebensphasen können auch durch Lebensschicksale geprägt sein, die sozusagen quer laufen. Es ist also nicht nur die frühe und die spätere Kindheit, sondern es ist der Wandel zwischen Zeiten des Erwerbslebens, der Arbeitslosigkeit, der Sozialhilfe bzw. Hartz-IV-Empfang und dann wieder zurück in gut qualifizierte Jobs. Auch das ist schneller geworden. Haben Sie auch darauf Antworten in Ihrem Bericht? Auch die Zeitpolitik hat ja auf diese Phasen jeweils andere Antworten. Das ist aus meiner Sicht die größere Komplexität, dass wir nicht nur den natürlichen Verlauf, sondern auch den unnatürlichen Verlauf in der Familienpolitik abbilden müssen.

Mir gefällt auch sehr gut, dass Sie auf den Dreiklang Bildung, Betreuung und Erziehung und damit auf die Infrastruktur eingehen. Darin sehen wir die Antwort nicht nur auf die Debatte der sozialen Segregation, sondern auch der Mittelschichtsfragen. Ihre Impulse sind für uns alle sehr gewinnbringend, aber

auch gleichzeitig eine Herausforderung. Unsere Fraktion leitet daraus ab, dass wir größere Anstrengungen unternehmen müssen. Das Schwierige an der Familienpolitik ist, dass wir inzwischen dank Ihrer jetzigen und auch der früheren Berichte sehr gute Erkenntnisse haben. Wir wissen, wohin die Familienpolitik laufen müsste, aber wir tun uns in der Politik von Bund, Ländern und Kommunen dennoch schwer, dies auch umzusetzen. Ich finde, wir schreiten noch viel zu langsam voran und ich würde mir da auch etwas mehr Mut von den Koalitionsfraktionen wünschen.

Prof. Dr. **Hans Bertram**: Es ist mehrfach gefragt worden, wie eigentlich Zeitpolitik umgesetzt werden kann. Dann ist gefragt worden, wie die Rushhour des Lebens neu organisiert werden kann; Zeitpolitik, Bildung und Studium sind gefragt worden. Ich will versuchen, das zu verdeutlichen. Wir haben ja das Paradox, dass wir in unserer Generation bzw. in der Generation unserer Eltern einen enormen Gewinn an Lebensjahren haben, wir aber diesen Gewinn nicht wirklich nutzen. Das muss man zunächst einfach feststellen. Man kann zum Beispiel sehen, dass 1972 noch 12 Prozent der über 65-Jährigen arbeitete. Wie ich mir habe erzählen lassen, haben 1945 in der Schweiz noch 15 Prozent der über 70-Jährigen gearbeitet. Wir haben eine völlig andere Entwicklung. Wir haben aber sozusagen eine Verdichtung der Zeit erlebt, und zwar einerseits, weil wir in der jetzigen postindustriellen Gesellschaft ein höheres Bildungsniveau von den Arbeitnehmern erwarten. Das heißt, sie müssen mehr Zeit in Bildung investieren. Auf der anderen Seite erwarten wir aber auch, dass sie dann die investierte Bildung möglichst rasch umsetzen. Das heißt, sie erleben auch in ihrem Alltag einen hohen Zeitdruck. Und dann hat sich in unserer Gesellschaft, aus welchen Gründen auch immer, die Vorstellung durchgesetzt, dass man zum Beispiel in meinem Alter schon richtig alt sei. Ich fühle mich zwar noch nicht alt, aber als Arbeitnehmer bin ich es eigentlich. Ich lebe in den neuen Bundesländern. In meiner Altersgruppe arbeiten dort vielleicht noch 10 oder 15 Prozent der Bevölkerung. Der Rest ist offensichtlich zu alt für den Arbeitsmarkt. Daran sieht man einfach, wie wir den Lebensverlauf verdichtet haben.

Wir haben dort ein Modell skizziert, das wir von einer amerikanischen Autorin, Frau Riley, übernommen haben. Frau Riley sagt, warum kann man es nicht so organisieren, dass Bildung, Fürsorge für Kinder und Erwerbsarbeit im Lebensverlauf wechseln, so dass man im Grunde genommen Zeitphasen hat. Das Elterngeld ist ein typisches Modell, diese Zeitphasen einzubauen. In Bezug auf die Bildung haben wir einen konkreten Vorschlag gemacht. Sie wissen, dass die meisten Frauenberufe Schulberufe sind, die der Staat fast monopolartig reguliert. Das bedeutet, wenn sie Krankenschwestern oder Erzieherinnen sind, sind sie spätestens mit 21 Jahren fertig und dann können sie etwa 40 Jahre in diesem Beruf tätig sein. Sie können vielleicht noch Leiterin einer Erziehungseinrichtung werden oder Pflegeleiterin, aber im Grunde genommen ist die Differenzierung dort nicht sehr groß. Die Frage ist einfach, und hier hat der Staat nun wirklich Handlungsmöglichkeiten, warum er nicht diese Berufe zu Karriereberufen umbaut. Das heißt, eine Modularisierung. Warum kann ich nicht beispielsweise mit einem Teil meiner Kompetenz als Erzieherin eine Zusatzqualifikation als Altenpflegerin erwerben? Ich kann das nicht. Heute muss ich wieder ganz neu anfangen. Man kann sich also durchaus vorstellen, dass man die Bildungsverläufe auch in diesen Schulberufen so organisiert, dass ich Perspektiven habe, wie ich mein Leben weiter gestalten kann. Wenn wir dann zu unseren europäischen Nachbarn schauen: Ich habe einen französischen Kollegen, der ist so alt wie ich und wird jetzt Professor in Toulouse. Er hat sein Leben lang darauf hingearbeitet. Er hat nach dem Baccalaureat als Hilfslehrer ange-

fangen. Es sei jetzt dahingestellt, ob wir das französische System mit den Concours machen oder das angelsächsische mit der Stufenbildung. Es gibt viele Variationen. Solange wir aber die Erstausbildung als Merkmal für den Beginn der Berufskarriere und den Einstieg in gewisse berufliche Positionen definieren, die ein Leben lang halten, wird sich in unserer Gesellschaft nicht viel ändern. Das kann man im öffentlichen Dienst wunderbar beobachten. Hier kann meines Erachtens der Staat eine Menge tun. Dann würde sich möglicherweise auch die Rushhour des Lebens anders darstellen. Wenn ich als junge Frau weiß, ich habe jetzt eine bestimmte Ausbildung, kann mich jetzt eine Zeit lang um die Kinder kümmern, weiß aber, dass ich später noch einmal einsteigen kann, dann sieht mein Leben möglicherweise anders aus. Wir können das aus anderen Ländern auch in dieser Weise sehen.

Der zweite Punkt, der damit zusammenhängt: Das heißt allerdings auch, dass die Zeitpolitik, die Unternehmen und Gewerkschaften gemeinsam miteinander aushandeln müssen, in irgendeiner Weise sowohl die Bildungsbedürfnisse als auch die Fürsorgebedürfnisse innerhalb der Familie als gleichwertig zu den beruflichen Bedürfnissen akzeptieren muss. Wir haben in dem Familienbericht eine Tabelle, die wir selbst nicht geglaubt haben, aber die Luxembourg Income Study ist eigentlich relativ repräsentativ. In Deutschland sind 50 Prozent der Paare 80 und mehr Stunden beschäftigt. Wir werden nur noch von den Amerikanern übertroffen, aber weder von den Schweden noch von den Norwegern. Offensichtlich sind die geschickter in der Organisation auch der Alltagsarbeit. Ein Punkt bei uns ist beispielsweise, dass die gesamten sozialen Sicherungssysteme an der Vollerwerbstätigkeit festgemacht sind. Es gibt ja auch Überlegungen wie wir sie zum Beispiel in den Niederlanden finden, dass das nicht nur die Vollerwerbstätigkeit sein muss, sondern möglicherweise auch ein Stück Grundsicherung sein könnte. Wie man das jetzt im Einzelnen in die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland einbaut, sei dahingestellt. Aber ich denke, solange wir das Modell der lebenslangen Vollerwerbstätigkeit in unserem sozialen Sicherungssystem als Norm haben, werden alle Abweichungen immer zu Diskriminierungen führen. Das Statistische Bundesamt hat ja gerade zur Situation der Frau Material veröffentlicht. Da sieht man, dass die kinderlosen Frauen genauso gut sind wie die Männer, dass aber die Mütter selten in Führungspositionen zu finden sind. Deswegen hat der Familienbericht relativ deutlich gemacht, dass die Frage der Fürsorge sich schlicht und einfach nicht in die Logik einer betrieblichen Arbeitszeit einbinden lässt. Wenn ein Dreijähriger beschließt, morgens nicht in den Kindergarten zu gehen, dann können Sie nicht einfach sagen, du gehst jetzt. Sie werden das zunächst einmal in irgendeiner Weise aushandeln müssen und kommen zu spät. Ergo haben Sie ein Problem. Man muss das nicht weiter diskutieren; Sie wissen das alle.

Deswegen war unsere Meinung, wir müssen auch darüber nachdenken, dass dieses nicht immer nur ein weibliches Problem ist, weil das dann plötzlich eine Diskriminierungsregel wird. Das gilt ja auch nicht nur für Kinder, sondern auch für die Älteren. Also müssen wir überlegen, wie wir Angebote machen können, dass so etwas auch für junge Männer attraktiv ist. Wir haben das im Familienbericht jetzt nicht ausgeführt. Ich gebe Ihnen nur ein Beispiel: Große amerikanische Industrieunternehmen haben mit Stiftungen und auch mit dem Bürgermeister in Boston ausgehandelt, dass in der Personalbeurteilung einmal im Jahr auch nach dem sozialen Engagement der Spitzenmanager gefragt wird. Aus den mir vorliegenden Untersuchungen weiß man, dass sich das Klima in diesen Finanzdienstleistern intern stark geändert hat, weil die Welt anders interpretiert wird und offensichtlich auch

die Kids, die sonst solche Manager ja nie zu Gesicht bekommen, plötzlich die Welt anders sehen. Ich denke, das muss nicht immer dasselbe sein. Aber wenn wir diese Form von Fürsorgeverpflichtung nicht als Teil der Lebensaufgabe von Mann und Frau interpretieren, werden wir aus dieser Diskriminierungsfalle nicht herauskommen. Der Familienbericht vertritt ja sehr klar die These, Fürsorge für andere ist in einer Gesellschaft eine knappe Ressource. Genauso wie Kinder eine knappe Ressource sind. Wenn wir diese knappe Ressource nicht pflegen, dann geht sie uns aus.

Nun zu der Frage, was der Bund in Bezug auf Infrastruktur, Mobilität und ähnliches machen kann: Der Bund ist natürlich für Familienpolitik zuständig, aber in der Regel reduziert sich das häufig auf die Geldpolitik. Aber wenn man jetzt einmal die Politik der Bundesregierung betrachtet, sind doch mehrere Strategien erkennbar, die ich eigentlich relativ clever finde. Ein Punkt ist, bestimmte Standards zu setzen wie beispielsweise im Tagesbetreuungsausbaugesetz. Das ist eine Möglichkeit. Die zweite Möglichkeit ist, durch die Initiierung von Bündnissen wie die beispielsweise die Bündnisse für Familien oder die Allianz für Familien ein zivilgesellschaftliches Engagement in der Gesellschaft hervorzurufen. Dann gibt es so etwas wie beispielsweise jetzt in Stuttgart. Der Oberbürgermeister ist fest davon überzeugt, die kinderfreundlichste Kommune Europas auf die Beine zu stellen. Das ist sein Ziel. Ich denke, man muss durch solche Maßnahmen solche Motivationen auch auf der kommunalen Ebene in Gang setzen. Man kann aber auch beispielsweise an Rheinland-Pfalz denken. Dort wurden die Ressourcen, die der Bund im Bereich der Ganztagschulen zur Verfügung gestellt hat, auch dazu genutzt, die zivilgesellschaftlichen Engagements von Sportvereinen, Musikschulen und ähnlichem in der Schule zu bündeln. Es gibt also viele Möglichkeiten, wie man so etwas in Gang setzen kann. Das kann der Bund nicht verordnen, weil es ein hohes Maß an zivilgesellschaftlichem Engagement erfordert. Aber ich denke, der Bund kann sowohl durch die Themensetzung in diesem weichen Bereich wie aber auch durch solche Maßnahmen einiges erreichen und er kann natürlich auch Standards setzen.

Ich habe – ich darf vielleicht ein bisschen Werbung für mich machen – für jede Fraktion einen Unicef-Report mitgebracht, der im Februar publiziert wird. Er befasst sich mit dem kindlichen Wohlbefinden und beruht auf einem internationalen Konzept. Dort sieht man sehr schön, dass es nicht nur um Armut geht, sondern es geht auch um Gesundheit, um Verhältnisse innerhalb der Familie. Man sieht, dass die einzelnen Bundesländer sich hier massiv unterscheiden. Man kann also auch durch solche Dinge eine öffentliche Debatte entfachen und fragen, warum in diesem Bereich nicht mehr investiert wird. Auch wenn der Bund hier vielleicht nicht alle Kompetenzen hat, glaube ich schon, dass er durch solche Dinge eine ganze Menge in Bewegung setzen kann.

In Bezug auf die Frage Gießkanne und Kinderarmut: Wir haben uns im Familienbericht hinsichtlich der ökonomischen Maßnahmen relativ zurückgehalten. Denn als wir uns diese Maßnahmen angesehen haben, haben wir festgestellt, was es da alles gibt und wir wussten gar nicht, wie das alles wirkt. Wir haben dann aufgelistet, was die Bundesbank dazu gesagt hat. Das war für uns die höchste Autorität. Wir haben aber gesagt, das können wir im Familienbericht jetzt gar nicht leisten, sondern das muss eigenständig erarbeitet werden. Es hätte uns in den drei Jahren vollständig überfordert, wenn wir den richtigen Weg hätten finden wollen. Wir haben verschiedene Modelle diskutiert, das französische Modell, das englische Modell und das nordeuropäische Modell. Dann haben wir gesagt, wir lassen die

Finger von den ganzen Dingen, weil wir wahrscheinlich nur dilettieren würden. Insofern kann man nur zufrieden sein, dass es jetzt ein Kompetenzzentrum gibt, wo die Bundesregierung und auch die Parteien versuchen, diesen gewachsenen Wust von Maßnahmen in irgendeiner Weise transparenter zu gestalten. Das war eigentlich unser einziger Wunsch dazu. Wir waren allerdings auch der Meinung – auch das sollte klar sein – dass wir hinsichtlich der Armutsdebatte wie sie manchmal in der Bundesrepublik geführt wird, nicht ganz glücklich sind, weil manchmal Verteilungskonflikte und wirkliche Armut vermischt werden. Wir haben im Familienbericht sehr deutlich gemacht, dass in manchen Fällen eine bessere Infrastruktur, eine bessere Unterstützung von Familien sinnvoller ist, als über ökonomische Verteilung zu sprechen. Wir haben das aber sehr zurückhaltend gemacht, weil wir mit unseren Ideen in diese Verteilungsdebatte gerade nicht hineinkommen wollten. Sonst säßen wir jetzt wahrscheinlich hier und redeten nur über Verteilungskonflikte und nicht über das, was uns besonders interessiert hat, nämlich wie man Zeitpolitik umsetzen kann. Dazu haben wir Beispiele genannt. Beispielsweise haben die Holländer jetzt ein Lebensarbeitszeitkonto entwickelt. Dieses Lebensarbeitszeitkonto ermöglicht dem Einzelnen, beispielsweise sehr flexibel auch mit Phasen innerhalb seines Lebens umzugehen. Er muss es einfach hinten dranhängen. Das ist sozusagen die Grundfigur und damit kommt man natürlich zu einer Art Grundsicherung. Das steht natürlich dahinter. Wir haben das nicht weiter ausgeführt. Wir haben nur gesagt, es gibt in Europa bereits solche Modelle und es ist darüber nachzudenken, ob man solche Modelle nicht realisieren sollte.

Hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung haben wir uns im Familienbericht deswegen zurückgehalten, weil uns eines klar war: Wenn Sie in einem dieser neuen Berufe sind und dort Projektarbeit machen oder bei einer Bank irgendeine Buchhaltung fertig machen müssen, dann ist es ziemlich egal, wie viel Arbeitszeit Sie zu bewältigen haben, weil das Projekt beendet wird. Das heißt, wir sind davon ausgegangen, dass zukünftig immer mehr Projektarbeit geleistet wird. Diese Projektarbeit ist ja das Kernproblem, weil sie plötzlich in das Privatleben in einer Weise eingreift, wie das in der klassischen Arbeitsteilung der Industriegesellschaft nicht der Fall war. Insofern haben wir eher dafür plädiert, dass man Formen von Verlässlichkeit für das private Leben finden muss, weil man diese Struktur der Arbeitswelt, wie sie sich ergeben hat, nur partiell beeinflussen kann. Wir haben aber auch ganz klar gesagt, dass es eigentlich Aufgabe der Gewerkschaften und der Arbeitgeber ist, sich zu überlegen, wie man so etwas machen kann. Dies ist aber vermutlich etwas, was in unterschiedlichen Branchen ganz unterschiedlich aussieht. Es sieht im Einzelhandel völlig anders aus als in einem Softwareunternehmen. Deshalb sind wir schon der Meinung, dass dieses eine gesellschaftspolitische Herausforderung ist. Wenn ich jetzt so manche Gewerkschaftsführer höre, habe ich durchaus das Gefühl, dass sehr klar formuliert wird, dass dieses eine große Zukunftsaufgabe ist und dass man in diesen gesellschaftlichen Gruppen überlegt, wie man damit in angemessener Weise umgehen kann. Wenn man sich das anschaut, glaube ich nicht, dass man hoffen kann, hier durch eine generelle Regulierung wirklich viel zu erreichen.

Vorsitzende: Herzlichen Dank, Herr Professor Bertram. Wir begrüßen jetzt auch Frau Ministerin Dr. Ursula von der Leyen. Herzlich Willkommen bei uns.

Abg. **Christel Humme** (SPD): Herr Professor Bertram, Sie haben natürlich mit Recht beschrieben,

welche Probleme aufgrund des bestehenden Föderalismus in der Bundesrepublik existieren. Sie haben beschrieben, dass wir schon eine Menge gemacht haben, um Infrastruktur auszubauen. Das Elterngeld kommt jetzt zusätzlich hinzu. Aber nach wie vor haben wir das Problem, dass es bei uns etwas langsamer vorangeht als in den anderen europäischen Ländern. Deshalb hoffen wir, dass unsere Impulse in den Ländern und Kommunen aufgegriffen werden. Aus dem spannenden Familienbericht ergibt sich für mich doch die Frage, wie es auch auf Bundesebene weitergeht. Es hat mir ganz besonders gut gefallen, dass Sie Familienpolitik und Gleichstellungspolitik gleichgesetzt haben. Ich glaube, das ist unverzichtbar. Eine moderne, nachhaltige Familienpolitik geht nicht ohne Gleichstellungspolitik und vielleicht auch umgekehrt. Das gehört unmittelbar zusammen. Ich finde den Bericht deshalb so spannend, weil er uns die Augen öffnet, um auch ein bisschen über den Tellerrand zu schauen, wie andere europäische Länder es gelöst haben. Da ist mir das Land Dänemark ganz besonders aufgefallen. Dänemark hat die Situation, dass in drei von vier Familien beide Ehepartner arbeiten. Das heißt, Berufstätigkeit scheint in Dänemark für beide möglich. Gleichzeitig ist die Geburtenrate im Vergleich zu unserer relativ hoch. Auch in der Wirtschaft gibt es eine Tendenz, die sich kinderfreundlicher zeigt. Es gibt also weitere Rahmenbedingungen, nicht nur die Betreuung. Betreuung, Bildung und Erziehung sind wichtig und natürlich auch die finanzielle Absicherung und ein Zeitmanagement in der Wirtschaft. Aber es gibt auch ein Drittes. Bei uns bestehen nämlich in der sozialen Sicherung und im Steuersystem Rahmenbedingungen, die zum Beispiel vom Gleichstellungsausschuss der UN, CEDAW, immer sehr kritisiert werden. In allen anderen europäischen Ländern einschließlich Großbritannien, Schweden, Dänemark und selbst Frankreich ist da eine ganz andere Grundlage gegeben. Niemand hat ein abgeleitetes Steuersystem, sondern alle haben eine Individualbesteuerung. Halten Sie eine solche Individualbesteuerung ebenfalls für ein wichtiges Anreizsystem, um Gleichstellung und Familie besser in Einklang zu bringen? Ich glaube, da haben wir noch eine Menge zu tun. In diesem Bereich, und das ist entscheidend, sind wir als Bund der Gesetzgeber.

Abg. **Ingrid Fischbach** (CDU/CSU): Herr Professor Bertram, zunächst einmal herzlichen Dank. Ich glaube, dieser Familienbericht ist für uns wirklich eine Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre, ich will nicht sagen Jahrzehnte. Ich möchte gerne auf drei Punkte eingehen. Einmal die Infrastruktur, Kinderbetreuung der unter Dreijährigen. Sie haben zu Recht gesagt, dass wir von dem Betreuungsaspekt wegmüssen und auch den Bildungsfaktor, frühkindliche Bildung, erkennen müssen. Mich interessiert jetzt, wie wir die Infrastruktur auf Bundesebene hinbekommen. Die öffentlichen Einrichtungen alleine werden es nicht schaffen. Stichwort Tagesmütter; in anderen europäischen Ländern ein sehr beliebtes Betreuungsmodell. Halten Sie die Regelung hier in Deutschland für angemessen, auch im Bereich der Qualitätsstandards, oder haben wir hier noch Nachbesserungsbedarf? Der zweite Bereich, der mich persönlich auch sehr angesprochen hat ist, dass Sie nachhaltige Familienpolitik als Lebenslaufpolitik sehen. Wir alle wissen, dass gerade die Lebensläufe und Erwerbsbiografien von Frauen häufig durchbrochen sind und dass kurze und längere Erwerbsunterbrechungen diese Biografien sehr schwierig machen. War das ein Thema? Gibt es im europäischen Vergleich hier schon Alternativen, Projekte, die gerade auf diese Gefahr hinweisen und Abhilfe schaffen? Ich glaube, dass wir nur dann im Rahmen von eigenständiger Alterssicherung weiterdenken können, wenn wir auf diese Unterbrechungen Antworten haben. Der dritte Bereich: In dem Bericht fehlte mir ein wenig der Bereich der Erziehungskompetenz. Sie haben über die Kompetenzfähigkeiten innerhalb der Familienstrukturen gesprochen;

über die Erweiterung und die Möglichkeiten, diese Kompetenz dann auch für das weitere Leben zu nutzen. Was mir fehlt ist, wie wir junge Menschen auf diese Verantwortung vorbereiten. Wie fördern wir Erziehungskompetenz bereits in jungen Jahren? Das hat auch etwas mit Lebensverläufen zu tun. Wenn wir in jungen Jahren anfangen, auf Familie vorzubereiten, auch mit Schwierigkeiten umzugehen und Hilfestellungen zu geben, wären wir einen Schritt weiter. War das ein Thema und welche Vorschläge machen Sie uns als Politikern dazu?

Abg. **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Professor Bertram, auch ich habe drei kurze Fragen. Wir streiten hier im Ausschuss ja des Öfteren über die Frage, ob die derzeitigen Regelungen zum Ehegattensplitting etwas sind, was Familien fördert oder etwas, was das Institut Ehe fördert. Meine Meinung dazu ist eindeutig. Ich glaube, wir müssen uns der Diskussion stellen, dass wir damit steuerlich Ehen privilegieren, aber nicht unbedingt Kinder erreichen. Meine Frage ist, wie sich die Expertinnen und Experten des Familienberichts dazu äußern. Meine zweite Frage: Wir reden im Kontext des Familienberichtes ja sehr viel über die Lebenssituation von Kindern, Männern und Frauen, also dem Verbund Familie. Ich glaube aber aufgrund der demografischen Entwicklung, dass das In-den-Blick-Nehmen älterer Menschen und der Bedeutung von familialen Netzwerken dem ganzen Thema Familie eine erweiterte Bedeutung zukommen lassen müsste. Hierzu würde mich Ihre Auffassung interessieren. Und das Dritte: Wenn wir über Betreuungsinfrastruktur, Transfer usw. sprechen dann ist oft die Frage, ob wir ausreichend auch die Familien in den Blick nehmen, die nicht von Transferleistungen profitieren. Man geht ja davon aus, dass rund ein Drittel der Familien nicht in den Genuss von Transferleistungen kommt, weil sie keine Steuerschuld haben. Glauben Sie, dass diese Familien in unseren politischen Entscheidungen ausreichend berücksichtigt sind?

Abg. **Sibylle Laurischk** (FDP): Es sind bereits viele Fragen gestellt worden; deshalb beschränke ich mich auf eine Frage zum Kinderzuschlag. Wie sollte eine der Sozialhilfe vorgelagerte Existenzsicherung von Kindern und Jugendlichen ausgestaltet und finanziert werden und wie beurteilen Sie die bisherigen Erfahrungen mit dem Kinderzuschlag?

Ministerin Dr. **Ursula von der Leyen** (BMFSFJ): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, Herr Professor Bertram, ich entnehme der Diskussionsrunde, dass Sie schon in die Tiefen des Familienberichts eingestiegen sind. Deshalb werde ich meine Stellungnahme knapp halten. Zuerst noch einmal meinen herzlichen Dank für diese umfassende Arbeit, die auch eine ganz kostbare Sammlung von Daten, Fakten und historischen Rück- und Ausblicken darstellt. Dies gibt unserer gemeinsamen Diskussion eine Basis, aus der jeder seine politischen Schlüsse ziehen kann. Aber zumindest ist das Zahlenwerk untereinander geklärt.

Mir ist wichtig, dass der Familienbericht auch zeigt, dass Familie in Deutschland deutlich besser ist als ihr Ruf. Sie ist nach wie vor hoch akzeptiert und wird nach wie vor von vielen Menschen als ein enorm zuverlässiges soziales Netz wahrgenommen. Aber, und das ist die Aussage des Familienberichtes, wenn wir Familienwerte wie Vertrauen, Verlässlichkeit, den Zusammenhalt der Generationen und, und, und in die moderne Welt des 21. Jahrhunderts übertragen und lebbar machen wollen, dann könnten wir auch besser sein in den Rahmenbedingungen, die Politik dafür setzt. Das ist, so glaube

ich, die Grundaussage des Familienberichtes. Wenn man sich die internationale Entwicklung anschaut, wenn man den Zugang der jungen Frauen zu Bildung und Arbeitsmarkt betrachtet, wenn man die Veränderung der Arbeitswelt von Industriearbeitsplätzen hin zu Wissens- und Dienstleistungsarbeitsplätzen sieht, wenn man die Veränderung der Rollenzuschreibung sieht, insbesondere unter dem Thema Gleichstellung, dann tut sich neu die Frage auf, wie sich eine Gesellschaft so organisieren kann, dass die mittlere Generation Zeit für qualifizierte Arbeit in ihrem erlernten Beruf hat und dennoch auch Zeit für die Fürsorge für die ganz Kleinen und auch für die ganz Alten findet. Frau Haßelmann, das ist ja eben auch bei Ihnen schon angekommen.

Das ist eine der spannendsten Fragen einer Gesellschaft, denn wir werden auf die Fürsorge für die Kleinen und die Alten nicht verzichten können. Wir werden genauso wenig auf die hochqualifizierte Arbeit von Männern und Frauen verzichten können, die in 20 bis 30 Jahren in der mittleren Generation relativ wenige sein werden. Deshalb ist die Grundaussage des Familienberichtes so interessant für eine nachhaltige Familienpolitik in diesem jetzt schon öfter erwähnten Dreiklang. Er betrifft das Einkommen in kritischen Situationen, wenn die jungen Menschen am Berufsanfang sind und gleichzeitig Kinder kommen. Es sind zweitens die familienunterstützenden Netze, damit wir heute modern durchdefinieren können, was früher Großfamilien, Dorfstruktur, Nachbarschaft und Kirchengemeinde geleistet haben. Das ist das ganze große Thema Kinderbetreuung; das sind aber auch die Themen lokale Bündnisse für Familien und das ist das Thema Mehrgenerationenhäuser. Der dritte Aspekt, den man in der Politik am wenigsten beeinflussen, wohl aber sehr stark in der gesellschaftspolitischen Diskussion vorantreiben kann, ist die Frage einer familienbewussten Arbeitswelt. Bei der Entwicklung dieses Dreiklangs gibt es Abstufungen, wo die primäre Verantwortung der Bundesregierung ist, wo eine mittelbare Verantwortung besteht und wo eine relativ geringe Einflussmöglichkeit besteht. Wir haben mit der Entwicklung des Elterngeldes und der besseren Absetzbarkeit der haushaltsnahen Dienstleistungen die ersten Akzente gesetzt. Wir diskutieren im Augenblick intensiv das Thema frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung. Was mich freut ist, dass in der öffentlichen Debatte, die mit der Einführung des Elterngeldes einherging, sich auch die Diskussion um die Kinderbetreuung völlig verändert hat. Diskutiert wurde weniger, ob wir überhaupt Kinderbetreuung für unter Dreijährige brauchen, sondern es wurde erörtert, wie man es schafft, und zwar so schnell wie möglich, so flexibel wie möglich und mit einer hohen inneren Qualität gerade im Hinblick auf die frühkindliche Bildung. Ich sage das auch vor folgendem Hintergrund: Wir hatten heute im Kabinett gerade den ersten Nationalen Bildungsbericht, in dem viele interessante Zahlen aus Bund und Ländern zusammengestellt sind. Dort zeigte sich auch, dass wir in unserer Gesellschaft nicht nur eine geringe Anzahl von Kindern, sondern auch ein deutliches Defizit bei der Beteiligung der Jungen am Bildungszuwachs haben. Beide Geschlechter nehmen am Bildungszuwachs teil, aber die Mädchen weit überproportional. Wir müssen also bei den jungen Menschen darauf achten, dass die Integration in Bildung früh gelingt. Später kommt dann das zweite Moment für die demografische Entwicklung, dass wir die gut ausgebildeten jungen Frauen in dem Moment, wo Kinder geboren werden, vor ein großes Fragezeichen stellen.

Ich möchte deshalb noch einmal die Schlüsse zusammenfassen, die die Bundesregierung aus dem Familienbericht gezogen hat oder ziehen wird: Wir haben im ersten Jahr Elterngeld und haushaltsnahe Dienstleistungen, Mehrgenerationenhäuser und die Weiterentwicklung der lokalen Bündnisse ge-

meinsam begleitet. Ein weiteres Thema sind frühe Hilfen für Kinder, die auf der Schattenseite des Lebens geboren werden, also vernachlässigte und misshandelte Kinder. Es steht jetzt auf der Agenda, zu der große Anzahl an bestehenden Familienförderleistungen in der Bundesrepublik zunächst einmal die Datenbasis für die gemeinsame Diskussionsgrundlage klarzustellen. Das wird in den nächsten Tagen erfolgen. Dann werden wir uns das Volumen der großen Förderleistungen anschauen. Wir geben im internationalen Vergleich relativ viel mit relativ geringer positiver Wirkung aus. Wir müssen prüfen, wie man dieses konzentrieren kann. Hier sind zwei Themen vorrangig: Das erste Thema ist frühkindliche Bildung und das zweite Thema ist die Frage, wie man die Mehrkindfamilie unabhängig von Transferleistungen besser fördern kann. Aber dies wird die Diskussion des Jahres 2007 und der folgenden Jahre sein. Ich denke, dass wir auf der Grundlage der Daten im Familienbericht gemeinsam eine sachliche und auch zukunftsorientierte Diskussion führen können.

Abg. **Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Ich kann an dem letztgenannten Punkt gleich anschließen, nämlich die Unübersichtlichkeit von Familientransferleistungen und deren Neuorganisation. Es wird in der Analyse von Vielen geteilt, dass da eine ziemliche Unübersichtlichkeit und vielleicht auch eine geringe Zielgenauigkeit festzustellen ist. Deshalb habe ich konkret die Frage, ob Sie da schon bestimmte Leistungen als Kandidaten im Auge haben, die möglicherweise entfallen könnten. Und an welcher Stelle müssten wir in welcher Art und Weise bündeln oder neu organisieren? Ich möchte jetzt nicht der Evaluation durch das Ministerium vorgreifen, die natürlich sehr umfangreich sein wird, aber vielleicht haben Sie, nachdem Sie sich umfangreich damit beschäftigt haben, den einen oder anderen Wackelkandidaten im Auge.

Vorsitzende: Ich will noch einmal zu zwei Punkten intensiver nachfragen. Das eine ist das Thema Kinderbetreuung und der Ausbau gerade für unter Dreijährige. Als Westdeutsche will ich betonen, dass es auch das Thema Ausbau in Richtung Ganztage ist. Das ist mindestens genauso wichtig. Das ist ein interessantes Thema, wo das Angebot die Nachfrage erhöht und nicht etwa die Nachfrage das Angebot. Immer mehr Menschen sehen, in meiner Nachbarstadt geht es ja. Die fangen mit den Ganztageesschulen an. Die fangen mit dem Ausbau der Kinderbetreuung an. Auf diese Weise ist in den Städten und Kommunen, die zuerst zögerlich waren, ein Schneeballeffekt entstanden. Wir waren sehr gefangen in deutschen Traditionen und Strukturen, wo man mit Kinderbetreuung erst ab drei Jahren und nur halbtags begonnen hat. Erst der Blick über den Tellerrand Deutschlands hinaus, der europäische Vergleich, hat hier vieles verändert. Deshalb ist meine Frage, wie Sie den Bedarf in Zukunft einschätzen. Wir sind ja beim Tagesbetreuungsgesetz von 20 Prozent der unter Dreijährigen ausgegangen. Ich glaube, der Bedarf ist inzwischen schon höher, weil dieser Schneeballeffekt entstanden ist und immer mehr Menschen sagen, es hat den positiven Effekt der besseren Bildungschancen für Kinder und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich halte beides für wichtige Begründungen.

Meine zweite Frage betrifft ein Thema, zu dem auch Frau Marks schon gefragt hatte, nämlich die Rolle der Männer. Ich glaube, das ist auch eines der spannenden Zukunftsthemen. Das betrifft zum einen den von Ihnen angesprochenen Bereich, dass Zeit für Fürsorge, Zeit für „care“ Aufgabe von Frauen und Männern ist. Zu fragen ist aber auch, welche Männer- und Frauenbilder für kleine Jungen geprägt werden. Wie erleben sie männliche Rollenvorbilder, die sich um „care“ oder Fürsorge kümmern. Dies

passiert in unserem Bildungssystem kaum. Sie erleben meistens abwesende Väter und Erzieherinnen sowie Lehrerinnen. Deshalb ist meine Frage, ob Sie auch darüber im Familienbericht nachgedacht haben. Es gibt eine Antwort, die in Papieren immer einfach klingt, nämlich die Anhebung der Gehälter und der Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher. Das ist aber angesichts der kommunalen Haushalte nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen ist. Vielleicht haben Sie hierzu noch ein paar kreativere Antworten, die uns erste Schritte ermöglichen. Meines Wissens hat Rheinland-Pfalz schon damit begonnen.

Prof. Dr. **Hans Bertram**: Zu der Langsamkeit: Man muss jetzt die Bundesregierung in einem Punkt in Schutz nehmen und sehen, dass die Bundesrepublik größer ist als Dänemark. Das heißt, die kulturelle Vielfalt in der Bundesrepublik ist einfach größer und ausgeprägter als in anderen Ländern. Das ist schon eine Frage, die man immer mitreflektieren muss. Als zweites muss man sehen, dass viele der Dinge, die wir in Deutschland diskutieren, in den anderen europäischen Ländern in den 90er Jahren eingeführt worden sind. Man muss akzeptieren, dass die Wiedervereinigung – das darf ich mal so polemisch sagen – die politische Klasse schon ziemlich strapaziert hat. Das musste bewältigt werden. Deswegen schreibt der Familienbericht das nicht in Form von Vorwürfen an die Politik, sondern sagt einfach, wir haben einen Nachholbedarf. Ich würde deshalb in diesem Punkt vorsichtig sein. Die Langsamkeit würde ich vielleicht in früheren Jahrzehnten aus vielerlei Gründen deutlicher gesehen haben.

Wenn ich jetzt noch einmal auf die Rahmenbedingungen in Dänemark eingehen darf: Wir haben ja nicht nur Dänemark, sondern auch Finnland und andere Länder betrachtet. Es gibt eine unterschiedliche kulturelle Tradition hinsichtlich der Integration der Frauen in das Erwerbsleben. In jenen Ländern, die traditionellerweise einen hohen Anteil an Landwirtschaft hatten, ist der Sprung in die Postmoderne sehr leicht gewesen. Also von den Stiefeln zum Handy war der Weg einfacher als der Umweg über die Kohleindustrie. Das muss man zunächst einfach zur Kenntnis nehmen. Die haben da immer mitgearbeitet; das war sozusagen ein Muster. Wir müssen also lernen, dass bestimmte kulturelle Muster, die bei uns in den Köpfen der Menschen vorhanden sind, sich einfach neu positionieren müssen. Es ist auch eine Aufgabe der Politik, deutlich zu machen, was sich da geändert hat. Aber ich glaube nicht, dass man sagen kann, wir bekommen das jetzt Knall auf Fall so hin wie es in diesen Ländern schon der Fall ist, weil die kulturelle Vielfalt in der Bundesrepublik doch relativ ausgeprägt ist. Wir haben deswegen auch sehr stark die Frage der Neuorganisation des Lebensverlaufs problematisiert.

Damit ist auch meine Antwort in Bezug auf die Frage nach dem Ehegattensplitting relativ klar. Das ist jetzt meine Meinung, nicht die der Kommission. Wir haben uns im Familienbericht nicht dazu geäußert. Es ist völlig klar, dass man eine Familienförderung so organisieren müsste, dass die Transferleistungen dann da sind, wenn sie besonders gebraucht werden. Es ist ganz klar, dass das Ehegattensplitting möglicherweise gerade nicht so wirkt, weil die Einkommen bei den jungen Leuten sehr gering sind und die Wirkung sich erst dann entfaltet, wenn die kindliche Betreuungsphase vorüber ist. Wir haben im Familienbericht die Einkommensentwicklung im Lebensverlauf dargestellt. Dann sieht man, dass eine junge Familie, in der die Frau unter 35 Jahre alt ist, im Durchschnitt – kleiner konnte man das leider nicht berechnen – auf eine Größenordnung von etwa 80 bis 85 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens kommt. Wenn sie dann 45 ist, liegen sie bei etwas über 100 Prozent. Das

ist das Problem. Wenn die Kinder besonders klein sind, dann ist das Geld besonders knapp. Und wenn das Geld nicht so knapp ist, sind die Kinder möglicherweise schon aus dem Haus. Ich kann dazu nur den sehr schönen Vorschlag von Herrn Biedenkopf zitieren, mit dem wir das auch in der Bosch-Kommission diskutiert haben. Er hat immer gesagt, eigentlich müsste man den Eltern einen Kredit geben, den sie dann zurückzahlen können, wenn sie ökonomisch besser dastehen. Wie auch immer das im Einzelnen aussieht; aus dem Familienbericht lässt sich keine technische Regelung ableiten, sondern nur die Vorstellung, dass das im Lebensverlauf vernünftig organisiert werden soll.

Damit ist auch die Frage hinsichtlich der Integration der Frauen im späteren Lebensalter in das Erwerbsleben in Bezug auf das Ehegattensplitting relativ klar beantwortet. Ich glaube nicht, dass das Ehegattensplitting allein sozusagen Verhaltensweisen organisiert, sondern ich denke, dass es ein Bündel ist. Dies wurde auch in der Frage nach der Alterssicherung schon angesprochen. Es ist eine Kombination. Wie sieht ein Lebensverlauf, in dem Fürsorge und Erwerbsarbeit und Teilhabe an anderen Bereichen organisiert werden kann, in Zukunft eigentlich aus? Diese spannende Frage muss man sich stellen, wenn man neue Dinge entwickeln will. Ob das über das eher individualistische Prinzip wie in Nordeuropa geht, ob es eher über ein Familiensplitting wie in Frankreich oder ob es eher über das englische Tax-Credit-System geht, wo es im Grunde genommen von der Einkommensteuerschuld abgezogen wird, kann ich im Augenblick nicht sagen. Wenn ich Ihnen hierauf eine Antwort gäbe, würden Sie sagen, das ist ein Scharlatan, weil er das im Augenblick nicht wirklich wissen kann. Man muss konkret im Hinblick auf die deutschen Zahlen sehen, was der beste Weg für eine solche Regelung ist.

Damit ist im Grunde genommen auch eine weitere Antwort gegeben, nämlich in Bezug auf die Transferleistungen. Der Familienbericht ist völlig klar in der Aussage, die Transferleistungen sollten sich an dieser Verlaufsperspektive orientieren. Insofern ist die Effektivität von solchen Leistungen auch unter dieser Perspektive zu sehen. Der entscheidende Punkt ist, ob sie zu dem Zeitpunkt ankommen, an dem sie auch benötigt werden. Ich habe aber schon darauf hingewiesen, dass in Deutschland keine Regierung und kein Parlament ganz frei sind. Es gibt sozusagen noch eine Nebenregierung, nämlich das Bundesverfassungsgericht, das möglicherweise bestimmte Regeln einfach festlegt, in denen man sich bewegen muss. Deswegen muss man da in der Diskussion immer sehr vorsichtig sein.

Zu der Frage nach der Entwicklung der Bedarfe im Bereich der Kinderbetreuung und der Frage der Tagesmütter in Frankreich: Das französische System unterscheidet sich in einem Punkt massiv von dem deutschen. Das französische System ist von vorn herein darauf angelegt worden, dass dort richtige Arbeitsplätze entstehen. Das heißt, sie müssen Mitglied eines Verbandes sein und eine bestimmte Qualifikation nachweisen. Um Leiterin einer Ecole Maternelle zu sein, haben sie also eine richtige, qualifizierte Ausbildung. Und, das ist der entscheidende Punkt, sie sind sozialversicherungspflichtig. Das heißt, es entstehen also richtige Arbeitsplätze. Für den Staat wie für die Eltern ist das eine win-win-Situation. Nach der Expertise von Frau Fagnani werden im Bereich der Tagesmütter von 700 Euro etwa 600 Euro vom französischen Staat finanziert und 100 Euro von den Eltern. Bei einer Krippe muss man demgegenüber etwa 1.100 Euro aufwenden, so dass der Staat hier 900 Euro zu zahlen hat. Ich denke jedoch, der entscheidende Punkt in dem französischen System auch im Hinblick auf dessen Akzeptanz ist die starke Betonung von Qualität und Ausbildung. Das muss man ganz klar sehen. Das

ist anders als die Diskussion bei uns im Augenblick.

Wenn man so schaut, wie die französischen Kollegen diese Systeme einschätzen, sagen sie, erstens ist es wirklich gut, dass es eine Vielfalt unterschiedlicher Betreuungsmöglichkeiten gibt. Es gibt ja eine ganze Reihe von Angeboten. Sie sagen aber auch, dass insbesondere für Kinder aus eher benachteiligten Gruppen die Krippe relativ gut ist, weil sie ein gewisses Maß an Regelmäßigkeit, Verlässlichkeit und Bildung in einer Weise anbietet, wie das mit einer Tagesmutter, die die Flexibilität sehr viel stärker betont, vielleicht nicht möglich ist. Es sind also unterschiedliche Gruppen angesprochen. Das sind Einschätzungen der Kollegen, so dass man da sehr vorsichtig sein muss. Aber wenn man den französischen Weg wählt, müsste man auch bereit sein, die Summen, die die Franzosen dafür aufwenden, zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2003 waren es 2,2 Milliarden Euro, die der französische Staat für die Tagesmütter aufgewendet hat. Ich habe das in einem Vortrag einmal vorgerechnet. Wenn Herr Steinbrück das Kindergeld von 1998, wo etwas über 800.000 Kinder geboren wurden, nicht eingespart, sondern in der Familienpolitik belassen hätte, hätten wir natürlich kein Finanzierungsproblem. Deswegen haben wir im Familienbericht relativ klar formuliert, dass diskutiert werden muss, ob es wirklich sinnvoll ist, die Einsparungsgewinne durch die zurückgehenden Geburtenraten im Haushalt zu vereinnahmen oder ob man es nicht auch dazu nutzen könnte, um in diesem Bereich zu finanzieren. Jetzt kassiert das ja nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Landesebene der jeweilige Finanzminister.

Zum Umfang der Betreuung: Wir haben im Familienbericht ja verschiedene Länder untersucht. Man kann sehr schön zeigen, dass es eine unglaubliche Variation hinsichtlich der Nachfrage nach Kinderbetreuung gibt, auch bei den unter Dreijährigen. Die nordeuropäischen Länder wie Finnland und Dänemark haben eine sehr hohe Betreuungsquote, andere Länder haben eine etwas geringere Betreuungsquote. Ich wage nicht zu sagen, wie hoch die Nachfrage tatsächlich ist. Ich glaube, es hängt an dem Angebot. Es hängt auch an etwas ganz anderem, wo wir uns von anderen Ländern unterscheiden: Wir haben bisher in Deutschland ja eine relativ starre Zeitregelung, also bis zu drei Jahren, bis zu sechs Jahren usw. Wenn man sich zum Beispiel Dänemark anschaut, stellt man fest, dass die Übergänge fließend sind. In manchen Fällen ist es bei einer jungen, qualifizierten Frau ganz spannend, wenn sie schon nach einem halben Jahr einen Betreuungsplatz hat, weil sie wieder arbeiten will und das managt. Es kann aber auch ganz anders aussehen. Ich denke, wir müssen erst sehen, ob wir nicht auf Dauer diese starren Zeitgrenzen neu organisieren.

Mein Vorschlag hinsichtlich der Erzieherinnen, ich traue mich jetzt einmal, der Vorsitzenden zu widersprechen, bezog sich zunächst nicht auf eine bessere Bezahlung. Er ging im Grunde genommen darauf hin: Viele junge Mädchen, wenn sie mit 16 nach dem Realschulabschluss die Schule verlassen, werden gerne Erzieherin. Das ist nun einmal so. Mit 25 stellen sie aber fest, dass sie eigentlich sehr viel mehr können und wollen. Unser System kennt keine Übergänge. Das ist unser Kernproblem. Wir zwingen die jungen Leute, mit 16 oder auch mit 22 zu sagen: Das ist mein Leben. Wir haben jedoch darauf hingewiesen, dass hier der Staat auf allen Ebenen enorme Handlungsmöglichkeiten hat, dies zu modularisieren. Ich werde jetzt etwas polemisch: Es gibt ein solches Modell. Die gesellschaftlich privilegierteste Gruppe, da habe ich meinen Professorenberuf begonnen, ist die Bundeswehr. Die

jungen Bundeswehroffiziere sind zwölf Jahre im Dienst; drei Jahre Ausbildung, zwei Jahre militärtechnische Ausbildung, fünf bis sieben Jahre Berufstätigkeit, zwei Jahre Übergang. Sie machen hinterher etwas völlig anderes. Es funktioniert fabelhaft. Ich frage mich jetzt, warum man das nur bei der Bundeswehr organisieren kann und nicht auch in anderen Lebensbereichen.

Abschließend noch ganz kurz zu der Frage nach den Jungen: Darüber haben wir lange debattiert, aber wir haben keine schöne Lösung. Wir haben uns dann zurückgezogen auf die Frage der Sozialisation durch das Elternhaus und durch die Schule. Es ist offensichtlich kulturell wahnsinnig schwer, bestimmte Muster, die sich in einer Gesellschaft über Jahrhunderte entwickelt haben, zu beseitigen. Man denkt immer, die Menschen fangen neu an. Sie fangen aber offenkundig nicht neu an. Es gibt ja dieses schöne Buch von Jean-Claude Kaufmann über die schmutzige Wäsche, wo er 40 hochqualifizierte Paare beschreibt. Die Frau macht die Schranktür auf und stellt fest, er hat seine Wäsche wieder nicht ordentlich hineingelegt. Sie ordnet die Wäsche. Nach einer Woche ist völlig klar, wer die Wäsche macht. Das heißt, es sind enorme Probleme. Deswegen war ja unser Vorschlag, zu überlegen, wie man Fürsorge in den männlichen Lebensverlauf einbauen kann. Ein Beispiel ist der Zivildienst. Ich habe Ihnen ja eben schon das Beispiel von den amerikanischen Finanzdienstleistern genannt, wo das erwartet wird. Wir müssen also darüber nachdenken, wie wir auch in die männlichen Berufsverläufe solche Elemente einbauen, so dass sie gesellschaftlich erwartet sind. Ich denke, es gibt genügend Männer, die bereit sind, das auch zu machen. Ich kann mir deswegen vorstellen, dass es sich in diese Richtung entwickelt. Abschließend sage ich einmal etwas Positives über die Männer: Wenn Sie sich die Pflege von alt gewordenen Ehepaaren anschauen, dann stellen Sie fest, dass in dem Falle die Männer pflegen. Das heißt, es ist keine Frage der Natur, sondern eine Frage der sozialen Organisation.

Vorsitzende: Ganz herzlichen Dank. Sie haben mir gar nicht widersprochen. Mir ging es genau darum, kreativere Lösungen zu finden und nicht nur einfach zu sagen, es muss mehr bezahlt werden.

Abg. **Ina Lenke** (FDP): Herr Professor Bertram, ich würde gerne meine Frage nach der Mobilität und der Unterstützung noch einmal wiederholen. Es geht um die Mobilität der Familien bei einer immer kürzer währenden Aufenthaltsdauer in den jeweiligen Firmen und auch um die Änderung in den Erwerbsbiografien von Männern und Frauen. Es ist wirklich ein Problem für berufstätige Frauen. Es ist einfach die Aufteilung in unserer Gesellschaft - ich möchte das auch gerne ändern - dass man als Ehefrau dahin zieht, wo der Mann seine Berufstätigkeit hat. Ich würde gerne wissen, was man da auch politisch machen kann.

Ministerin Dr. **Ursula von der Leyen** (BMFSFJ): Ich möchte zum Aspekt der Rolle der jungen Männer nur ergänzen, dass die beiden vorgetragenen Beispiele in der Tat sehr wichtig sind. Ich möchte sie deshalb noch einmal verstärken. Der Zivildienst hat einmal mit den Kriegsdienstverweigerern, den „Drückebergern“, angefangen. In 40 Jahren sind inzwischen 2,5 Millionen junge Männer nolens volens durch den Zivildienst gegangen. Als Nebenprodukt sind sie dadurch in Berufen sichtbar geworden, wo man sie typischerweise überhaupt nicht vermutet. Auch für mich ist es ein Lernprozess in der Beschäftigung mit dem Zivildienst gewesen, dass zum Beispiel der Beruf des Rettungsassistenten nur aus

dem Zivildienst entstanden ist. Den gab es früher gar nicht. Durch die konkrete Arbeit der Zivildienstleistenden im Rettungswesen, in der Krankenschwesterfunktion, wenn ich es einmal so formulieren darf, entstand irgendwann das Berufsbild des Rettungsassistenten, das jetzt hoch etabliert ist. Ähnlich sind die Erfahrungen in Schulen mit Kindern mit schwersten Behinderungen. Wenn sie einen hohen Anteil an männlichem Personal haben, rekrutiert sich dies zu 90 Prozent aus ehemaligen Zivildienstleistenden. Dieses in unserer Gesellschaft zufällig entstandene Beispiel zeigt sehr deutlich, dass Verhaltensweisen auf Dauer verändert werden können, wenn der Kontakt da ist und wenn die Selbstverständlichkeit hergestellt wird, in diese Berufe zu gehen.

Damit bin ich bei meinem zweiten Punkt, der für uns natürlich sehr spannend ist: Wir haben uns bei der Entwicklung des Elterngeldes und der Partnermonate natürlich auch die Zahlen aus dem Ausland angeschaut. Für mich ist nach wie vor hoch interessant, dass keines der Länder, die ein Elterngeld mit Partnermonaten eingeführt haben, sie wieder abgeschafft hat. Im Gegenteil, sie haben sie alle ausgebaut, weil sie gute Erfahrungen mit der Entwicklung der Vaterrolle gemacht haben. Die Wirtschaft hat die gute Erfahrung gemacht, dass das Risiko Kind auf beide Geschlechter diversifiziert wurde. Es wurde damit also zur Selbstverständlichkeit und auch zur Chance, nicht zum Risiko. In all diesen Ländern sehen wir Beteiligungen der jungen Männer an den Partnermonaten von 80 Prozent und mehr. Sie wissen, dass bei uns im Augenblick die Anzahl der Väter in Elternzeit bei fünf Prozent liegt. Das heißt, kluge Instrumente richtig eingesetzt, können dann natürlich auch Gelegenheiten schaffen, überhaupt erst eine Rolle zu entwickeln, die bisher in einer Gesellschaft nicht akzeptiert, weil nie gesehen worden ist.

Als Ausschuss müssen wir natürlich auch darüber nachdenken, dass die rasant steigende Zahl der älteren zu pflegenden Angehörigen – Stichwort auch Demenz, das geht über viele Jahre – nicht allein von den Töchtern bewältigt werden kann. Es sind nicht so viele und ganz abgesehen davon stellt sich die Vereinbarkeitsfrage natürlich auch im Alter. Wenn es nicht gelingt, die Söhne auch ganz selbstverständlich zum Thema Pflege zu bekommen, wird es niemals gelingen, in dieser Gesellschaft eine menschenwürdige Pflege zu organisieren.

Prof. Dr. **Hans Bertram**: Auf die Mobilitätsfrage bin ich deshalb nicht eingegangen, weil ich das nicht für ein ganz zentrales Problem halte. Wir haben uns natürlich daran gewöhnt, die Bundesrepublik aus der Perspektive der Generation der jetzt 55 bis 70-Jährigen zu betrachten, also meine Generation. Wir sind ja wahrscheinlich die privilegierteste Generation, die es je gegeben hat. Wir sind immer in irgendeinen Aufstieg gekommen. Dieses ist aber nicht das Lebensmuster aller Generationen gewesen. Wir haben im Familiensurvey einmal eine Untersuchung gemacht, in der wir uns die 1910 Geborenen angeschaut haben. Die hatten bis etwa zum 30. Lebensjahr alle schon viele Berufswechsel, weil die Geschichte sie dazu gezwungen hat. Ich denke, wir müssen uns ein bisschen von dem Gedanken verabschieden, dass meine Generation bis etwa zum Alter von Helmut Kohl sozusagen die Mustergeneration ist. Um das mal böse zu formulieren, wir haben winfall profits, und da ich das auch auf mich selbst beziehe, darf ich das wohl durchaus sagen. Insofern glaube ich, dass wir eher überlegen müssen, wie wir für die neuen Generationen diese neuen Herausforderungen bewältigen. Dafür gibt es keine generelle Lösung. Wir wissen aber, dass zum Beispiel in den 20er Jahren die Mütter genauso

gearbeitet haben wie das heute der Fall ist, schon weil die ökonomische Not sie dazu gezwungen hat. Wir können aber bestimmte Strategien von andern Ländern lernen. Zum Beispiel hat das MIT, und das ist ja nicht irgendeine sekundäre Uni, sondern eine ziemlich zentrale Einrichtung, neben den Frauenbeauftragten Elternbeauftragte eingerichtet, um die Karriereplanung nicht nur des Einzelnen, sondern eines Paares zu reflektieren. Das heißt, wenn ich einen Mann oder eine Frau einstelle schaue ich, ob ich auch den anderen mit unterbringen kann. Ich kann Ihnen das schöne Beispiel einer deutschen Kollegin vortragen, die nach Yale gegangen ist. Ihr Mann hatte etwas ganz anderes. Dann hat Yale in dem Computercenter für ihn einen Job gefunden. Das ist eine völlig andere Vorstellung davon, wie man mit einer Paargemeinschaft umgeht, als bei uns. Wir brauchen also im Grunde genommen die Vorstellung, dass jemand, mit dem ich über seine Entwicklung spreche, ein Umfeld hat und nicht als Individuum auftritt. Es gibt aber in unserer Gesellschaft nicht nur hochqualifizierte Jobs. Deswegen sollten wir nicht verkennen, dass die Frage der sozialen Sicherung etwa von diskontinuierlichen Berufskarrieren darüber geregelt wird, dass wir sagen, wir sichern die Menschen nur dann, wenn sie keine Arbeit haben. Wir müssen aber darüber nachdenken, ob wir nicht zu Systemen übergehen, die möglicherweise eine andere Vorstellung von Teilhabe haben. Aber es würde jetzt weit über die Familienpolitik hinausgehen, dieses weiter auszuführen. Deswegen belasse ich es bei dieser vorsichtigen Andeutung.

Vorsitzende: Das nehmen wir uns als Aufgabe für den gesamten Deutschen Bundestag mit. Ganz herzlichen Dank im Namen des gesamten Ausschusses. Sie haben uns erstens wie immer einen spannenden Vortrag und eine spannende Diskussion geboten. Darüber hinaus haben Sie uns viele konkrete Anregungen auch über die Tagespolitik hinaus geliefert. Vor allem haben Sie das Thema Familienpolitik in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gestellt, der für uns in diesem Ausschuss ganz wichtig ist. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen, Professor Bertram. Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten. Ich bedanke mich auch bei der hier anwesenden Öffentlichkeit und wünsche auch Ihnen ein frohes Weihnachtsfest.

Kerstin Griese, MdB
Vorsitzende